



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/97 - 28.4.54 BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Hinweise auf den Inhalt:
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

| | |
|--|------|
| Vor der Neuordnung des NWDR | S. 1 |
| Die Untersuchung gegen Oppenheimer | S. 3 |
| Zu Hallsteins Pariser Rede | S. 5 |
| "Mann in der Zeit" und konfessionelle Unduldsamkeit | S. 6 |

Keine Äthergrenzen !

J.F.W. Die zweite Lesung des Rundfunkgesetzes im Düsseldorf-Landtag, das die Schaffung eines Landessenders für Nordrhein-Westfalen bezweckt, hat keine Überraschungen gebracht. Die weitgehende Zustimmung aller Parteien, die bereits bei der ersten Lesung zum Ausdruck kam, zeigte sich von neuem. So ist damit zu rechnen, daß das Gesetz am 12. Mai mit großer Mehrheit verabschiedet wird, umso mehr als die Versuche, die nach der ersten Plenarlesung im Ausschuß des Landtages mit dem Ziel unternommen wurden, die demokratische Kontrolle des Senders zugunsten einer ständischen und undurchsichtigen Beeinflussung abzubauen, jetzt wohl endgültig aufgegeben sind.

Vor der dritten abschließenden Lesung im Plenum wird sich der Ausschuß jetzt noch mit dem sozialdemokratischen Änderungsantrag zum § 24 des Entwurfes beschäftigen müssen. Die ursprüngliche Vorlage räumt hier der Landesregierung das Recht ein, in Geschäftsführung und Programmgestaltung des neuen Senders einzugreifen, wenn sie der Ansicht ist, daß Maßnahmen der Senderinstanzen - zum Beispiel des Intendanten oder des Verwaltungsrates - das Rundfunkgesetz verletzen. Die SPD fordert demgegenüber, daß solche Eingriffe nur aufgrund eines Urteils des Verwaltungsgerichts zulässig sein sollen. Tatsächlich ist nicht einzusehen, warum, auch bester Wille der Landesregierung voraus-

gesetzt, ihre Auslegung des Gesetzestextes bei aufkommenden Meinungsverschiedenheiten authentischer als die der Senderinstanzen sein sollte. Gegen etwaige Fehlentscheidungen der Regierung gibt hier die nachträgliche Anrufung des Verwaltungsgerichtes, die die Regierungsvorlage vorsieht, keinen genügenden Schutz. Bis dessen Entscheidung vorliegt, würden sich die Regierungsanweisungen bereits ausgewirkt und Tatbestände geschaffen haben, die nicht mehr aus der Welt zu schaffen sind.

Bei der Beratung des Hessischen Rundfunkgesetzes im Jahre 1948 wurde auch schon die Frage des Regierungseingriffs in die Rundfunkarbeit diskutiert. Man entschloß sich damals in Wiesbaden, den Hessischen Rundfunk von jeder Regierungskontrolle ausdrücklich freizustellen. In mehr als fünf Jahren, die seither vergangen sind, hat der Hessische Rundfunk bewiesen, daß er dieses Vertrauen seiner Gesetzgeber zu rechtfertigen verstand. In der ganzen Zeit ist es dort zwischen Regierung und Rundfunk zu keinen Auseinandersetzungen über die Anwendung des Rundfunkgesetzes gekommen. Man sollte auch in Düsseldorf diesen guten Erfahrungen vertrauen und dort gegenüber dem Rundfunk nicht mißtrauischer sein, als in Wiesbaden.

Sind die Differenzen über diesen strittigen Punkt beseitigt, so kann das neue Rundfunkgesetz also Anfang Mai verabschiedet werden. Wenige Wochen später wird sich ein anderer Teilbereich des NWDR bereits selbständig machen: Am 1. Juni nimmt in Westberlin der neue "Sender Freies Berlin" seine Tätigkeit auf. Von diesen Entwicklungen in Berlin und Nordrhein-Westfalen erholt man sich besser differenzierte Sendungen, ein verstärktes Ansprechen gebietsmäßiger Interessen. Soll darüber aber die Qualität der Rundfunkarbeit ganz allgemein, die wechselseitige Unterrichtung der Hörer der verschiedenen Gebiete und die Horizontweite des Programms nicht zu kurz kommen, so muß diese Aufgliederung durch eine enge Zusammenarbeit der neuen Sender untereinander und mit den Sendern im norddeutschen Raum ergänzt werden. Einen leistungsfähigen Stab von Auslandsberichterstatlern etwa, wie ihn sich der NWDR schaffen konnte, wird keiner der neuen Rundfunkanstalten für sich allein unterhalten können. Das gleiche gilt für die Arbeit auf dem Gebiet der technischen Rundfunkentwicklung, für den kostspieligen Apparat zur Erforschung der Hörermeinung, und schließlich im besonderen Maße für das Fernsehen.

Pläne, die für diese Zusammenarbeit, vor allem in den norddeutschen Landeshauptstädten, seit einiger Zeit entwickelt werden, sollten baldmöglichst zur öffentlichen Diskussion gestellt werden, damit sie auf ihre Zweckmäßigkeit im einzelnen zu prüfen sind. Vor allem muß hierbei sichergestellt werden, daß die Neuordnung im NWDR-Bereich die Verbindung mit Berlin und der Sowjetzone nicht gefährdet, sondern sie im Gegenteil enger werden läßt. Die Sendungen, in denen der NWDR bisher über Berlin und die Zone unterrichtete und gleichzeitig die Hörer zwischen Helmstedt und Küstrin direkt ansprach, dürfen auf keinen Fall aus dem Programm der Sender von Hamburg bis Köln verschwinden. Sie sollten vielmehr den süddeutschen Rundfunkanstalten als Beispiel dienen, mehr als bisher ein Gleiches zu tun.

+ + +

Der Fall Oppenheimer - und was dann ?

H.S.-New York, Ende April

Als die amerikanische Regierung ein Untersuchungsverfahren gegen Professor Dr. Robert Oppenheimer, den "Vater der amerikanischen Atomenergie", eröffnete, und als kurz darauf diese Tatsache, sowie seine vorläufige Suspendierung vom Amt, in der Öffentlichkeit bekannt wurde, gab es auf der ganzen Welt einen Schock des Entsetzens, den man auch in Amerika selber empfand und teilte. Man empfand es als horrend und groteske Tragödie, daß Amerika seinen größten Gelehrten dem Moloch McCarthy zum Opfer vorwarf; man stellte die Frage, wer wohl eigentlich für Amerikas Sicherheit unentbehrlicher und unersetzlicher sei, der siegreiche General des zweiten Weltkrieges, Eisenhower, oder der stille Gelehrte, ohne dessen Gehirnarbeit die gesamte Atomenergie vermutlich heute noch bloßes Zukunftsgespräch einiger Universitätsprofessoren sein würde. Und gleichsam automatisch ergab sich daraus vielfach die Folgerung, daß "Dank vom Hause Habsburg" auch in Amerika unbekannt sei, und der aggressive Senator von Wisconsin, Joseph McCarthy, bereits der ungekrönte König des Landes sei und unumschränkt regiere.

Keine Trumpfkarte für McCarthy

Inzwischen wissen wir etwas mehr über den "Fall Oppenheimer" - und was wir inzwischen erfahren haben, vermindert zwar in keiner Weise den Umfang der persönlichen Tragödie dieses großen Gelehrten, setzt aber doch ihre politischen Voraussetzungen und Folgen in etwas anderes Licht. Dabei ist das erste, das zu bemerken ist, die Tatsache, daß das gegen Oppenheimer vorgebrachte Anklagematerial, sowie seine Verteidigung dagegen, von dem Professor selber der Öffentlichkeit übergeben wurde, und zwar gerade zu dem Zweck, Senator McCarthy den Wind aus den Segeln zu nehmen, was auch vorzüglich gelang. Oppenheimer hat seelenruhig alles zugegeben, was seit Jahr und Tag in seinen Personalakten steht und auch in der Öffentlichkeit seit langem bekannt war. Er hat auch nicht verschwiegen, daß er zusammen mit vielen anderen Gelehrten, Offizieren und Staatsmännern, aus verschiedenen sachlichen Gründen dem Bau der Wasserstoff-Bombe ablehnend gegenüberstand. Die Untersuchung gegen Oppenheimer ist also keine Trumpfkarte McCarthys, sondern im Gegenteil eine Trumpfkarte, die man ihn nicht hat ausspielen lassen - und man ist offensichtlich in Regierungskreisen und Präsident Eisenhowers engerer Umgebung recht erfreut darüber.

Solidarität der Kernphysiker

Anders ist freilich die Frage, ob man ihn nicht insofern etwas am Zeuge flicken kann, als man konstruieren könnte, daß seine damalige Abneigung gegen die Wasserstoff-Bombe nicht nur ein fehlerhaftes Urteil sei, sondern eine Einstellung, die für ihn die weitere Arbeit auf dem Atomgebiet für die Regierung ungeeignet mache. In der Filigrantechnik der amerikanischen Sicherheitsgesetze kann man durchaus das so auslegen, daß er zu einem "Risiko für die amerikanische Sicherheit" wird - und ein solches Urteil, das zwar seine Loyalität und seine Ehre nicht angreift, würde doch schon genügen, ihn wenigstens bei einem Teil der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Auf diese Perspektive

hin haben sich zahlreiche andere Kernphysiker bereits mit ihm solidarisch erklärt: Man spricht von der Gefahr, daß im Falle eines solchen Ausfalls der Untersuchung gegen Oppenheimer eine Art "Streik" der Gelehrten gegen den Staat eintreten mag, eine Weigerung der Intelligenz (wenigstens in Friedenszeiten), sich weiterhin noch der Regierung zur Verfügung zu stellen. Was das bedeuten würde, gerade im Hinblick auf die neue Rüstungstechnologie mit ihren Atom-, Raketen- und Elektronenwaffen, liegt ziemlich offen auf der Hand.

Aber auch mit dieser Perspektive sind die möglichen künftigen Folgen des Falles Oppenheimer noch nicht erschöpft. Man muß ja weiterhin bedenken, daß Oppenheimers Ansicht, nicht die H-Bombe zu bauen, im Jahre 1949 von sehr vielen Leuten geteilt wurde, u.a. von der Mehrheit der damaligen Atomenergie-Kommission. Verurteilt man heute Oppenheimer wegen seiner damaligen Stellungnahme, so müßte man auch Dutzende von anderen Persönlichkeiten, viele davon noch heute hohe und höchste Staatsdioner, aus "Sicherheitsrisiken" aus dem Amt entfernen - und man stände dann vor einer "Säuberungs-Hydra", die trostlosen und niederschmetternden Umfang annehmen könnte.

Vision des Polizeistaates

Aber mit der Entfernung Oppenheimers aus dem Amt - sofern er wirklich schuldig gesprochen wird - ist ja das Problem noch nicht gelöst. Denn Oppenheimer trägt ja, ebenso wie jeder andere Kernphysiker, die Staatsgeheimnisse der Atomenergie und der Wasserstoffbombe mit sich im Kopf herum; selbst wenn die Regierung ihn nicht mehr an ihre Aktenschranke heranläßt, so genügt doch, was er im Kopfe hat und weiß, dazu, die Russen auf Jahre hinaus mit wichtigen Informationen zu versehen. Stellt man sich also auf den Standpunkt, daß Oppenheimer ein Spion und kommunistischer Agent ist, so müßte man ihn eigentlich sofort auf lebenslänglich in Einzelhaft sperren, weil man nur so vor seiner im Gehirn aufgespeicherten Weisheit sicher ist - und das gleiche müßte man mit allen anderen Physikern Amerikas machen, die sich heute mit ihm solidarisch erklären. Einige wenige Zeitungen des Landes, wie "Newsweek" und die "New York Herald Tribune", haben das bereits klar ausgesprochen und gefragt, ob die Regierung ernsthaft plane, Oppenheimer & Co. lebenslänglich einzusperren; ist nicht, so fragt man heute vielfach, Oppenheimer außerhalb des Staatsdienstes potentiell viel gefährlicher als innerhalb?

Das beweist, daß der Fall Oppenheimer, logisch zu Ende gedacht, die ganze amerikanische Verfassung mit ihren Grundrechten für die Bürger über den Haufen werfen kann. Im Augenblick ist weiter nichts passiert, als daß Oppenheimer einem absolut sachlich und würdig funktionierenden Disziplinarverfahren unterworfen ist, das ihn sehr wohl freisprechen und entlasten kann; aber in den Köpfen vieler Amerikaner taucht am Horizont doch schon die Vision des Polizeistaates und der Gedankenkontrolle auf.

+ + +

Die Gespenster des Herrn Hallstein

F.P. Vier Tage lang diskutierten in der französischen Hauptstadt rund 300 Parlamentarier aus 15 europäischen Ländern aktuelle Europa-Probleme. Politische Persönlichkeiten behandelten in Einzeldarstellungen die weite Skala all' der Dinge, die das Europa von heute mannigfaltig berühren und angehen. Der deutsche Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Professor Hallstein, war eigens von Bonn nach Paris gefahren, um seine und die Auffassungen der deutschen Bundesregierung zur Europapolitik vor dem großen Kreis europäischer Parlamentarier darzulegen. Der deutsche Staatssekretär glaubte, die europäischen Abgeordneten vor den angeblichen Gefahren warnen zu müssen, die für Europa nach einem Scheitern des europäischen "Aufbauwerkes" heraufziehen würden.

Es mag zunächst eine ureigene Angelegenheit der deutschen Bundesregierung und ihres höchsten, für außenpolitische Fragen zuständigen Beamten sein, sich einmal mehr desorientiert zu zeigen und von einem "europäischen Aufbauwerk" vor parlamentarisch-politischen Kennern zu sprechen. Diese Politiker wissen, was der deutsche Staatssekretär vor ihnen vorgab, nicht zu wissen, daß Montan-Union, EVG, EPG und "Europäisierung" der deutschen Saarprovinz, ökonomische und politische Barrieren gegen einen geordneten, tragfähigen europäischen Aufbau und Zusammenschluß bedeuten.

Kein reiner Tor mehr, nur ein blinder Tor vermag noch die deutschen Opfer zu übersehen, die in der Sackgasse der Montan-Union sich häufen. Es heißt wissentlich die Augen und die Ohren fest zu verschließen angesichts einer EVG, die beinahe noch verheerender als die Dreyfuß-Affäre auf dem Wege ist, ganz Frankreich aus den Angeln zu heben, zu demoralisieren und dem echten Europagedanken auf Jahrzehnte zu entfremden. Nur der beamtete Sprecher der deutschen Außenpolitik nimmt nicht zur Kenntnis, daß eine "Europäische Politische Gemeinschaft" in ihrer vorliegenden Fassung von den meisten der in Paris anwesenden Praktikern der angewandten Politik als eine Gesamt-Europa gefährdende Schimäre angesehen wurde. Und "Europäisierung" des Saargebietes ?

Diese Kehrseite des gegenwärtigen europäischen "Aufbauwerkes"

nicht sehen zu wollen, soll hier nicht näher untersucht werden. Wenn jedoch Staatssekretär Hallstein zur Begründung seines Nicht-Sehen-Wollens vor jener erlauchten Versammlung von einflußreichen Politikern zwei Gespenster als drohende Schemen auferstehen läßt, wenn er glaubt, mit einem deutschen Rückfall in den Nationalismus oder einem kommunistisch gewordenen Deutschland nach dem endgültigen Zusammenbruch der Adenauerschen Europa-Politik aufwarten zu können, muß mit Entschiedenheit, und nicht nur von der Opposition, diesem Beschmutzen des eigenen Nestes entgegengetreten werden.

Anwachsende Kohlenhalden, verminderte Kokserzeugung, zunehmende Feierschichten, von Tag zu Tag geringer werdender Absatz deutschen Eisens, Wegnahme des deutschen Saargebietes, eine "Politik der Stärke", die die gesamtdeutsche Wiedervereinigung unmöglich macht, das sollen die Mittel einer Nationalismus und Kommunismus verhindernden Politik sein? In der Bundesrepublik dürften normale Menschen diese Thesen Herrn Hallstein nicht abnehmen. Sie jedoch ausländischen Politikern als Alternative vortragen, heißt die Rolle des Unglücksrabens zum Schaden der Bundesrepublik zu virtuos spielen.

+ + +

Neuere Sekten

- O.G. Daß die Glaubensfreiheit nicht nur in den vom Bolschewismus beherrschten Gebieten der Welt gefährdet ist, sondern auch in Ländern, die man heute im allgemeinen als zur freien Welt gehörig zu zählen pflegt, wird in unserer Zeit der plumpen Schwarz-Weiß-Malerei und der "schrecklichen Vereinfachungen" allzu oft übersehen. Im Grundsätzlichen besteht kein Unterschied zwischen Verfolgungen christlicher Kirchen in den Ostblockstaaten und Brandstiftungen an protestantischen Gotteshäusern in katholischen Ländern.

In der letzten Zeit haben sich die protestantischen Stimmen gehäuft, die das Augenmerk auf die Verfolgungen von Protestanten richten. Diese Verfolgungen reichen von offenen Progromen, wie in Spanien und Südamerika, bis zum Anstimmen von Haßgesängen, wie in einem Hirten schreiben katholischer Bischöfe Italiens, -das dem Protestantismus warwirft, er sei Wegbereiter des atheistischen Kommunismus.

Von den Repräsentanten der katholischen Kirche in Deutschland hätte man deshalb erwarten müssen, daß sie von derartigen Vorgängen deutlich abrücken, um jedes Mißtrauen gegenüber der Ehrlichkeit ihrer permanenten Beschwörungen des konfessionellen Friedens in Deutschland von vornherein zu zerstreuen. Offensichtlich können sie das aber nicht. Das im Auftrag der deutschen katholischen Bischöfe herausgegebene offizielle Organ der katholischen Männersorge "Mann in der Zeit", das in der Hetze gegen die Sozialdemokratie zuweilen selbst den "Rheinischen Merkur" überbietet, hat nunmehr einen Dreh gefunden, der es erlaubt, die Protestanten in Deutschland zu beruhigen, ohne dabei von dem Gesinnungsterror katholischer Glaubensbrüder in anderen Ländern abzurücken.

Nach "Mann in der Zeit" handelt es sich bei den Protestanten, die in Italien, Spanien und Südamerika angeblich verfolgt wurden, gar nicht um die "alt-evangelischen Landeskirchen", sondern um "neuere Sektengruppen", die vielfach Verwirrung und Unruhe stifteten und deren Anteil an der Bevölkerung jener Länder ein sehr geringer sei. Die Zeitung fragt deshalb verwundert, warum sich die "alt-evangelischen Landeskirchen" mit diesen Gruppen identifizierten, die sie im Grunde doch selbst ablehnten. Daß zwischen der Ablehnung religiöser Dogmen und der offenen Verfolgung ihrer Bekenner ein Unterschied besteht, scheinen die Herren von "Mann in der Zeit" zu übersehen. Das Blatt findet es denn auch ganz in Ordnung, daß staatliche Organe Gemeindehäuser, Schulen und Kirchen dieser Sekten geschlossen haben. "Wenn ein Staat gegen illegale Werbetätigkeit einschreitet, ist das keine Protestantenverfolgung von Seiten der katholischen Kirche". (Auch die Inquisition lieferte bekanntlich die Ketzer der staatlichen Gewalt aus und wollte mit ihrer physischen Liquidierung nichts zu tun haben).

Zu den Menschenrechten, die man oft im Munde führt, rechnet auch das Recht jedes Menschen, Gott auf seine Weise zu verehren. Für "Mann in der Zeit" jedoch gibt es anscheinend zwei Arten der Gottesverehrung, die legale, zu denen das Blatt neben der katholischen Religion im gegenwärtigen Augenblick großzügig auch die "alt-evangelischen Landeskirchen" zählen und die "illegale Werbetätigkeit", zu der "neuere Sekten" und ähnliche Teufelsbrut gehören. Man wird sich das merken müssen.